



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

### Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen

Stand vom 28.06.2024 15:29:04 bis 01.07.2024 14:25:56

#### Angegeben von:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V. (R002086) am 28.06.2024

#### Beschreibung:

In allen Fällen eines sogenannten "aufenthaltsrechtlichen Gefälle" soll die Eintragung der Vaterschaft ins Personenstandsregister von einer vorherigen Zustimmung durch die Ausländerbehörde oder einem Gentest abhängig gemacht werden. Nach Einschätzung des Paritätischen Gesamtverbandes verletzt die Neueinführung der Zustimmungspflichtigkeit durch die Ausländerbehörden unverhältnismäßig Grundsätze im deutschen Recht, u.a. das Recht eines Kindes auf Zuordnung zu zwei Elternteilen, die Gleichstellung von ehelichen und nicht-ehelichen Kindern sowie neben der biologischen und genetischen Elternschaft die Stärkung einer sozial-familiären Elternschaft und damit die Gleichstellung vielfältiger Familienformen.

### Zu Regelungsentwurf

---

#### 1. Referentenentwurf:

Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.04.2024

1. Federführendes Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu] (Vorgang)

2. Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu] (Vorgang)

### Betroffene Interessenbereiche (2)

---

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]

Familienpolitik [alle RV hierzu]

## Betroffene Bundesgesetze (5)

---

BGB [alle RV hierzu]

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

RuStAG [alle RV hierzu]

PStG [alle RV hierzu]

PStV [alle RV hierzu]

## Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

---

1. SG2406210188 (PDF - 5 Seiten)

### Adressatenkreis:

Versendet am 22.05.2024 an:

#### **Bundesregierung**

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]